Sicherheitspolitische Leistungsaufträge an die Armee

Autor(en): **Wirz, Heinrich**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **171 (2005)**

Heft 10

PDF erstellt am: **11.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-69910

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Sicherheitspolitische Leistungsaufträge an die Armee

Bemängelt wurden die Entscheide des Bundesrates vom 11. Mai 2005 «zur weiteren Entwicklung der Armee», die Verunsicherung und Verwirrung erzeugten. Es fehlen eine sicherheitspolitische Gesamtkonzeption sowie die militärische Strategie des neutralen Kleinstaates Schweiz. Die ASMZ will diese Thematik in ihrer Novemberausgabe vertieft behandeln.

Heinrich Wirz

Unter Leitung des Präsidenten der Verwaltungskommission der ASMZ beurteilten am 26. Juli 2005 der Chefredaktor, sein Stellvertreter und drei Generalstabsoffiziere die derzeitigen sicherheits- und militärpolitischen Grundlagen für die Armee als ungenügend. Sie wiesen insbesondere auf die Beilage zu der allen eidgenössischen Parlamentariern verteilten ASMZ Nummer 7/8 hin: «Kritische Überlegungen von Milizoffizieren zur Entwicklung der Schweizer Armee». Oberst im Generalstab Peter Fischer fragte, warum die Armee XXI zwei Jahre nach dem Volksentscheid bereits wieder stark umgestaltet werde und ob sich die Bedrohungslage in dieser kurzen Zeit derart verändert habe. In breiten Kreisen bestehe ein zunehmendes Unbehagen ob der offensichtlichen Konzeptionslosigkeit.

Referenten an der Medienkonferenz

- Oberst i Gst Peter Fischer, Präsident der Verwaltungskommission ASMZ
- Divisionär a D Louis Geiger, Chefredaktor der ASMZ
- Prof. Dr. Albert A. Stahel, Titularprofessor an der Universität Zürich
- Oberstlt i Gst Peter Malama, Präsident der Offiziersgesellschaft beider Basel
- Oberstlt i Gst Georg Ober-Kassebaum, Präsident der Interessengemeinschaft Miliz

Nach dem 11. September 2001

«Finanzpolitik kommt vor Sicherheitspolitik» laute derzeit der Leitspruch, stellte Divisionär a D Louis Geiger fest. Die auseinandergehenden sicherheitspolitischen Vorstellungen der Bundesratsparteien erschwerten der Armeeführung die Planung. Man stütze sich immer noch auf den Sicherheitspolitischen Bericht vom Juni 1999 (SIPOL B 2000), obschon seit dem 11. September 2001 mehrere strategisch wichtige Umstände geändert hätten. Zum Beispiel führen die USA vorsorgliche Schläge im Krieg gegen den Terror, die NATO wird ausserhalb von Europa eingesetzt und die Schweiz ist UNO-Mitglied geworden. Deshalb fordere die ASMZ: «Der neutrale Kleinstaat Schweiz braucht eine Strategie im Umfeld der asymmetrischen Kriegführung und des Terrors.» Zu diesem Zwecke sei der SIPOL B 2000 auf den neuesten Stand zu bringen und dem Parlament vorzulegen. Erst daraus könnten die Leistungsaufträge der Armee und ihre Mittel für die Verteidigung, Existenzsicherung und Friedensförderung berechnet und allfällig die Rechtsgrundlagen geändert werden.

Professor Albert A. Stahel legte einerseits die ASMZ-Beilage «Nation Building Afghanistan» vor und rügte andererseits den Mangel an strategischem Denken in der Schweiz. Dieses sei erlern- und damit umsetzbar. Unzählige Milizoffiziere sind in Gesamtverteidigungs- und Armeestabsübungen in strategischem und operativem Denken geschult worden. Dank dem Milizsystem seien diese Denkweisen in Politik und Wirtschaft nutzbringend angewandt worden. Diese geistigen Fähigkeiten zur Krisenbewältigung seien unseren Eliten abhanden gekommen. Vermeidbare Pannen sind aufgetreten, wie zum Beispiel das Vorgehen bei den nachrichtenlosen Vermögen oder der Niedergang der Swissair.

Nach dem 11. Mai 2005

Drei grundlegende Fragen aus der Sicht der Miliz stellte Oberstleutnant im Generalstab Peter Malama. Erstens: Rechtfertigt der Terrorismus den neuerlichen Armeeumbau? Die Ausrede der «diffusen Bedrohungslage» gelte nicht, und eine «präzise Bedrohungslage» habe es nie gegeben. Trotzdem hätte man sich früher bemüht, Bedrohungsszenarien sowie deren Wahrscheinlichkeit und Abwehrmöglichkeit durchzudenken. Zweitens: Wie kann die Schweiz in Zukunft nach einem «Aufwuchs» verteidigt werden? Es herrsche völlige Unklarheit bezüglich Ziel und Mittel sowie Ausbildung und Einsatz. Drittens: Was geschieht mit der Milizarmee? Wie kann verhindert werden, dass das (verfassungsmässige) Milizprinzip über kurz oder lang zusammenbricht? Mit seinen Entscheiden vom 11. Mai 2005 schaffe der Bundesrat weder Sicherheit noch Vertrauen. Die Schweizer Milizarmee dürfe nicht schleichend umgestaltet werden. Das Parlament müsse umgehend eine sicherheitspolitische Auslegeordnung in Auftrag geben.

Die Armeereform XXI habe ihre wesentlichen Ziele verfehlt, stellte Oberstleutnant im Generalstab Georg Ober-Kassebaum fest. Die den verstärkten Bedrohungen nach dem 11. September 2001 entsprechenden Truppenverbände seien aufgelöst worden. Die Ausbildung von Truppe und Kadern habe sich infolge Mangel an Berufspersonal verschlechtert. Die Betriebskosten seien nur unbedeutend gesenkt, dagegen unnötige Rüstungsvorhaben vorgeschlagen worden. Die unausgereifte Armee XXI soll mit ebenso unausgereiften Massnahmen ausgebessert werden, die weder mehr Sicherheit noch wesentlich weniger Kosten verursachen. Mit vorhandenen Rüstungsgütern werde unwirtschaftlich umgegangen. So wäre zum Beispiel der splittergeschützte Mannschaftstransporter M 113 («Schützenpanzer») für die Infanterie in der Raumsicherung noch durchaus brauchbar. Der allfällige Verkauf der M 113 zur Verwendung im Irak stand neben dem so genannten Entwicklungsschritt 2008–2011 der Armee XXI dann auch im Brennpunkt der Medienvertreter. Einer von ihnen schrieb in der Basler Zeitung: «Das Departement Schmid nimmt die Vorwürfe ‹zur Kenntnis›, äussert sich aber nicht dazu.» Wird die Miliz durch Verteidigungsdepartement, Bundesrat und Parlament überhaupt noch wahr- und ernstgenommen, oder soll die sicherheitspolitische Auseinandersetzung verweigert werden? ■

Zeitungsschlagzeilen vom 27. Juli 2005

Aargauer Zeitung: *«Wir brauchen Terrorabwehrkräfte»*
Basler Zeitung: *Offiziere und Strategen kritisieren Armeeleitung massiv*
Berner Zeitung: *Der Armeeumbau gerät unter Beschuss*
Neue Zürcher Zeitung: *Appell an die Politik – Milizoffiziere fordern eine sicherheitspolitische Auslegeordnung*
Schaffhauser Nachrichten: *Schmids Armeereformen in der Kritik*
Südostschweiz: *Offiziere sind mit Armeeumbau unzufrieden*
24 Heures: *Samuel Schmid et les hauts gradés accusés d'incapacité*
Le Nouvelliste: *Les gradés critiquent l'absence de concept du Conseil fédéral*
La Regione: *Manca un mandato di politica di sicurezza.*

Heinrich Wirz, Oberst a D, Militärpublizist, Bundeshausjournalist, 3047 Bremgarten.